

Ringeln um Etat auf tönernen Füßen

HÖXTER (rob/sos). Der hauchdünn an der Haushaltssicherung vorbei geschrämte Etat in Höxter hat nach langer Debatte bei 21 Ja- und 18 Nein-Stimmen den Rat passiert. Keine Mehrheit fand der CDU-Antrag, die Grundsteuer B nicht auf 650, sondern nur auf 590 Punkte anzuheben. Die Christdemokraten und auch die UWG hatten in ihren Haushaltsreden für diese moderatere Erhöhung geworben. Am Ende stimmte die CDU dann sogar gegen den Haushalt. Fraktionschef Günther Ludwig hatte eigentlich für seine Fraktion signalisiert, dem Zahlenwerk zustimmen zu wollen. Das war nach dem Verhalten anderer Fraktionen nicht mehr möglich. FDP-Fraktionsvorsitzender Martin Hillebrand hatte von vorneherein ein „Nein“ angekündigt. Die BfH könne dem Etat nicht einheitlich zustimmen, hatte Fraktionschef Ralf Dohmann vor der Abstimmung verdeutlicht.

Die CDU-Fraktion gab am Freitag zu der überraschend knappen Haushaltsabstimmung im Rat eine erklärende Stellungnahme ab. Nach intensiven Haushaltsberatungen habe die CDU-Stadtratsfraktion eine klare Haltung zur Vorbereitung der Haushaltsverabschiedung im Rat eingenommen und diese frühzeitig und mit maximaler Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und auch gegenüber der Verwaltungsspitze dargelegt. „Mit dem Haushaltsplanentwurf, der auf äußerst tönernen Füßen steht, hatten wir aufgrund

der daraus resultierenden finanziellen Belastungen für die Folgejahre und etlicher Finanztricksereien von vornherein riesige Bauchschmerzen“, sagte Fraktionsvize Edison Buch. Insofern habe Fraktionsvorsitzender Günther Ludwig in seiner Haushaltsrede klargestellt, dass die CDU-Ratsfraktion sich eine Zustimmung zum Haushaltsplan nur vorstellen konnte, wenn der Rat für eine Begrenzung der Grundsteuer B auf 590 anstatt 650 Prozentpunkte stimmte, um die Bürgerinnen und Bürger nicht noch weiter zu belasten. „Dieser CDU-Antrag im Rat ist jedoch mehrheitlich abgelehnt worden, so dass die CDU-Fraktion dem Haushalt konsequenterweise nicht zustimmen konnte.“

„Trotz massiver Kritik am Haushaltsplan aller Ratsfraktionen, außer der SPD und den Grünen, hat in der alles entscheidenden Haushaltsabstimmung dann eine äußerst knappe Mehrheit von 21 Stimmen aus SPD, BfH, UWG, Grünen und Linken zu 18 Stimmen für den Haushalt und damit für die maximale Steuerlast votiert,“ wundert sich die CDU-Fraktion.

Als konkrete Erfolge seien jedoch erhebliche Korrekturen am Haushaltsplanentwurf durch die Anträge der CDU in den Ausschüssen erfolgreich vorgenommen worden. Das Infocenter im Weserbogen habe einen Sperrvermerk für den Fall erhalten, dass die Fördermittel nicht in der geplanten Höhe generiert werden. Die Gebäude Berli-



Höxter blüht auf. Millionenschwere Investitionen hat die Stadt im Haushalt stehen.

Foto: Michael Robrecht

ner Platz 1, Albaxer Str. 5 und das Küsterhaus sollen verkauft und nicht saniert werden, um die begrenzten Finanzmittel der Stadt Höxter effizient und zielgerichtet einzusetzen. Da der Umzug aus diesen Gebäuden und der Einzug in das alte Postgebäude und in die VHS Zug um Zug erfolgt, ist die Verwaltung beauftragt worden hierzu einen realistischen Zeitplan für einen möglichen Verkauf dieser Immobilien aufzustellen. Der Schule in Stahle wird die Fortschreibung der in 2022 zugesagten Mittel für den Abriss der Gebäude in Höhe von 350.000 Euro und die Entwicklung eines Baugebietes zugesichert, so die CDU.

Keine Mehrheit fand im Rat ein Sparvorschlag der UWG. Die Ortschaftsmittel sollten um 3000 Euro auf 7000 Euro

pro Ort und Jahr gekürzt werden. Das fand außer der UWG keine Fraktion annehmbar und wurde abgelehnt. Die Mittel seien doch für Projekte in den Orten, die auch mit ehrenamtlicher Hilfe verwirklicht würden, so Martin Hillebrand (FDP). Godhard Christoph (SPD) kritisierte, dass 80 Prozent der Investitionen zurzeit nach Höxter in die Kernstadt gingen und die Ortschaften auch aus dem Etat profitieren müssten. Edison Buch sprach sich dagegen aus, den letzten aktiven Leuten auf den Dörfern die Mittel zu kürzen. Das sei ein falsches Signal.

Ebenfalls durchgefallen ist ein UWG-Vorschlag, die Parkgebühren auf den öffentlichen Parkplätzen und in Parkhäusern im LGS-Jahr anzuheben. Nur die UWG

stimmte dafür.

Erneut wurde über die Musikschule Höxter gesprochen. Sie soll in städtische Trägerschaft überführt werden, was die Stadt im Jahr 250.000 Euro kostet (wir berichteten mehrfach). Hans-Georg Heiseke (UWG) sieht eine Kostenfalle und forderte ein Zukunftskonzept. Bis 30. Juni soll das die Verwaltung vorlegen. Darauf wartet auch die CDU, so Günther Ludwig. Alexandra Schodrowski (BfH) wies auf die wichtige frühkindliche Förderung in der Musikschule hin. Dafür müsse von der Stadt auch Geld investiert werden.

Im Rat waren sich bei der Etatberatung viele klar darüber, dass beim Haushalt 2024 die „Stunde der Wahrheit“ und konkret ein Haushaltssicherungskonzept droht.